



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 21-0896.1

Datum 28.05.2020

Beschluss

Schulbau jetzt neu denken!

Die Corona Pandemie und deren Eindämmung stellt alle Hamburgerinnen und Hamburger vor neue Herausforderungen. Hamburgs Schüler und Schülerinnen sind in erheblichem Maße von Einschränkungen ihres Lernalltages betroffen.

Die aktuell bestehenden Abstandsregeln, die damit einhergehenden erhöhten Flächenbedarfe in den Klassenzimmern, Schulgebäuden und Schulhöfen sowie die verschärften Hygieneauflagen werden auch nach der Bewältigung der Covid-19-Pandemie in abgeschwächter Form bestehen bleiben.

Die jetzt gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf veränderte Anforderungen an Innenausstattung, Gebäudemanagement, digitale Infrastruktur und Schulbewirtschaftung müssen in schon existente oder künftige Bauplanungen von Schulbau Hamburg einfließen. Nur so wird bei einer wiederkehrenden oder erneuten Virusepidemie ein zumindest eingeschränkter Schulbetrieb gewährleistet werden können.

Beispielhaft seien zwei Altonaer Projekte genannt:

Der Schulcampus Struenseestraße für mehr als 2.000 Schüler und 250 Lehrkräfte sowie die Theodor-Haubach-Schule.

Beide Projekte befinden sich in einem Planungsstadium, in dem Nachbesserungen, die den veränderten Anforderungen gerecht werden, von den ausführenden Büros vorgenommen werden können.

Durch vorausschauende Planungen kann sichergestellt werden, dass an Hamburger Schulen zukünftig auch in Krisenzeiten Präsenzunterricht durchgeführt werden kann. Nur so kann die Freie und Hansestadt Hamburg gegenüber allen Schulpflichtigen das Grundrecht auf Bildung gewährleisten und damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt beitragen.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird nach § 27 BezVG gebeten, in den Schulen, die aktuell und zukünftig in Planung sind, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele bauliche Elemente im Sinne einer Infektionsprophylaxe berücksichtigt werden (z. B. Schwingtüren zum kontaktlosen Öffnen oder Lüftungskonzepte). Diese Maßnahmen sind dem zuständigen Ausschuss der Bezirksversammlung Altona vorzustellen.